

Gesperrt bis zum Beginn -
Es gilt das gesprochene Wort!

Stichworte für eine Rede von Franz Müntefering
Bundesminister für Arbeit und Soziales

„33 Monate Grundsicherung für Arbeitsuchende – eine Zwischenbilanz“

anlässlich der Eröffnungsveranstaltung zum SGB II-Bundeskongress
Berlin, 1. Oktober 2007
Redezeit: ca. 30 Minuten

Lieber Herr Weise,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

heute vor 80 Jahren, am 1. Oktober 1927 ist das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Kraft getreten. Damit gab es zum ersten Mal in Deutschland einen echten Rechtsanspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Außerdem wurde die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gegründet, der Vorläufer der heutigen Bundesagentur.

Alles das wurde 1933 von den Nazis gleichgeschaltet und für ihre Zwecke missbraucht. Das ursprüngliche Gesetz von 1927 war dann aber nach 1945 Vorbild beim Wiederaufbau der sozialen Sicherung in der Demokratie.

So viel, so kurz in aller Schlichtheit zu den ersten 30 Jahren sozialstaatlichen Handelns am Arbeitsmarkt in Deutschland.

Seitdem ist viel passiert. Viele Novellen, viele neue Gesetze. Aber das Prinzip war in der Welt und ist da geblieben:

Erwerbslosigkeit ist ein existenzielles Risiko, sie muss im Rahmen der organisierten Solidarität, der Solidargemeinschaft, versichert sein.

Erwerbslosigkeit trifft den einzelnen Menschen und sie geht die ganze Gesellschaft an.

Das Thema ist wichtig geblieben, wichtiger geworden – und entsprechend ist die Zahl der Anstrengungen gestiegen, das System zu verbessern.

Die Gründung ist stabil, die Statik stimmt, das Design ist zeitgemäß – das Gebäude Arbeitsmarkt ist krisenfest und ausbaufähig.

Wir haben in 2002, 2003 und 2004 die Pläne entwickelt, verhandelt und verabschiedet und bis zum 1.1.2005 das Wichtigste auch umgesetzt.

Wir haben den Präventivgedanken gestärkt und mehr Eigenverantwortung gefordert.

Wir haben mehr Flexibilität in der Vermittlung geschaffen.

Wir haben die Qualität und Schnelligkeit der Vermittlung durch die BA verbessert.

Alles richtig. Aber fertig ist das Haus noch nicht. Darüber – vor allem – wollen wir reden.

Die dickste Herausforderung, um die es heute und morgen hier gehen soll:

Die Grundsicherung für hilfebedürftige Erwerbsfähige, also das, was landläufig unter Hartz IV gefasst worden ist und was von manchen als politischer Kampfbegriff verwendet wird.

Die Betreuung, Qualifizierung und Vermittlung Langzeitarbeitsloser im Rahmen SGB II.

Reformen, die viel Widerstand ausgelöst haben, von denen aber immer deutlicher wird, dass sie nötig waren und erfolgreich sein können.

Wir haben den Bereich des SGB II insgesamt neu geschaffen. Wir haben dafür gesorgt, dass alle erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in die Vermittlung hineingenommen werden und dabei ein intensives Fallmanagement aufgebaut.

Um im Bild zu bleiben: Wir haben die beiden Häuser Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige zu einem Haus verbunden. Das hat für Unruhe und auch Unmut gesorgt. Für viel Bewegung und Anstrengung.

Das hat sich aber auch gelohnt. Es war richtig für die Menschen, um die es dabei geht.

Rund jeder achte Bundesbürger hat seit Anfang 2005 schon einmal Leistungen aus dem SGB II bezogen – zur Sicherung des Lebensunterhalts und für neue Chancen auf Arbeit.

Allein in 2007 haben wir bereits über 1,6 Millionen Eintritte in Fördermaßnahmen zu verzeichnen. Besonders Jugendliche werden hier gefördert.

Und auch die Umsetzung der Eingliederungsvereinbarungen geht voran. Im August hatte ein Großteil, nämlich knapp 60% der Arbeitslosen im SGB II eine solche Vereinbarung abgeschlossen. Das ist der Schlüssel zu einem guten Fallmanagement.

Solche Erfolge sind relative Erfolge, denn – natürlich – wäre es schöner, diese Menschen hätten Arbeit und wären nicht auf die Hilfe von ARGEn und zKT angewiesen.

Die erste Aufgabe von Politik ist es deshalb, Arbeit sichern oder schaffen zu helfen. Ganz klar. Aber diese Wahrheit darf nie ein Alibi sein dafür, arbeitslose Menschen, erwerbsfähige Hilfebedürftige, mit ihren Nöten allein zu lassen.

Und deshalb stürzen Sie sich und wir uns täglich immer wieder auf diese Aufgabe:

Wo ist Arbeit?

Wie sichern wir die Erwerbslosen existenziell?

Wie geben wir ihnen Perspektive?

Wie bringen wir sie in Arbeit?

Ich war vor kurzem im Jobcenter in Berlin-Reinickendorf. Da kommen täglich 600 bis 800 im Durchschnitt. In Spitzenzeiten 1.300. 1.300 Individuen. Ihnen soll geholfen werden. Und morgen kommen wieder 600 bis 800. Und übermorgen wieder. Und so weiter.

Ich sage deshalb Ihnen allen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – Frank-Jürgen Weise – Respekt und Dank!

Sagen Sie es bitte weiter an Ihre Leute: Das ist eine großartige Leistung. Selbstkritik ist eine Tugend, und da findet sich auch Anlass. Aber sie darf vor allem selbstbewusst sein. Die ARGEn und zKT leisten zum Nutzen der betroffenen Menschen viel. Danke!

Im Mittelpunkt dieser Arbeit stehen aber nicht nur Sie und wir in der Politik – im Mittelpunkt stehen die, denen geholfen werden soll.

Wir haben dafür die Überschrift Fördern und Fordern gewählt. Wissend, dass das nicht populär sein wird.

Aber nur wer von den Menschen auch Eigenleistung fordert, der wird ihnen und ihrer Würde gerecht. Wer sie mit Sozialtransfers abspeisen und ruhig stellen will, der missachtet ihre Interessen.

Wie groß die Aufgabe ist, vor der wir stehen, das kann man hier in Berlin-Neukölln am Ort unseres Kongresses sehen. Wir sind bewusst dahin gegangen, wo die Probleme noch groß sind, wo viel zu tun ist, „wo es weh tut“:

- Hier im Bezirk liegt die Arbeitslosigkeit bei rund 20 %. Bei den Migranten sogar bei rund 30%.
- Hier gibt es besonders viele Langzeitarbeitslose: Von den 28.355 Arbeitslosen insgesamt sind 24.547 im Rechtskreis SGB II.
- Die ARGE hier in Berlin-Neukölln ist nach der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften eine der größten bundesweit.

Aber die Situation ist nicht düster. Auch hier gibt es viel Mutmachendes und Wegweisendes.

Ich habe vor zwei Wochen die „Stadtteilmütter“ besucht. Ein gutes Projekt, das die Qualifizierung von arbeitslosen Frauen mit Migrationshintergrund verbindet mit aufsuchender Sozialarbeit.

60 weitere dieser Stadtteilmütter fangen am 1. Oktober an, auf der Basis unseres neuen Programms „JobPerspektive“, für zwei Jahre zu arbeiten und sich weiter zu qualifizieren.

Hier gehen die Ansprüche von Arbeit und Soziales vorbildlich Hand in Hand.

Das Projekt zeigt auch: Da ist viel zwischenmenschliche Solidarität, auf die wir bauen und auch aufbauen können.

Anrede,

ich will noch einmal kurz daran erinnern, woher wir kamen und wie das war in den 90er Jahren – bis heute.

Deutschland hat in den 90er Jahren – auch im Zuge der Wiedervereinigung – viele wichtige Schritte der Erneuerung versäumt, die unsere Nachbarn erfolgreich gegangen sind.

Die fehlende Einführung einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik ist dafür gravierendes Beispiel.

Wir haben das nach 2002 mit der Agenda 2010 nachgeholt. Manchmal suchend, manchmal auch stolpernd. Elegant war das oft nicht. Aber die Diagnose war klar – und die Therapiewirkung wurde auch zunehmend offensichtlicher.

Dass vieles schnell gehen musste, dass die wirtschaftlichen Bedingungen nicht die besten waren und die politischen Verhältnisse kompliziert – das alles kam zusammen und hat die Arbeit für die Politik nicht einfacher gemacht.

Mut im Handeln war gefragt und wurde gezeigt. Wir brauchten einen besseren Überblick darüber, wer und wie viele überhaupt bedürftig waren. Das alte System von Arbeitslosen- und Sozialhilfe hat verschämte und versteckte Armut produziert, die wir beseitigen wollten. Hemmschwellen mussten abgesenkt werden. Enttabuisierung war nötig. Ansprüche sollten klarer sein als bisher. Die geforderten Gegenleistungen aber auch.

Wir wollten den „harten Kern“ der Arbeitslosigkeit offenlegen. Wir wollten an diejenigen ran, die abgeschrieben waren. Wir wollten ihnen Hilfe aus einer Hand anbieten z.B. auch bei Sucht oder Schulden.

Und – vor allem –: Jeder Erwerbsfähige, jede Erwerbsfähige sollte einen Anspruch auf Vermittlung in Arbeit bekommen.

Wir haben in Deutschland den Status der Erwerbsfähigkeit weit gefasst: Täglich drei Stunden arbeitsfähig in absehbarer Zeit.

3,1% derer im Erwerbsalter genügen diesem Anspruch nicht. Nur 3,1%.
In Großbritannien dagegen 7,7% und in den Niederlanden sogar 8,8%.

Hätten wir deren Definition, sähe unsere Statistik um Hunderttausende günstiger aus.

Wir wollen und werden das aber nicht ändern. Das macht Ihnen die Arbeit schwerer. Denn so haben Sie zahlreiche Kunden, die am ersten Arbeitsmarkt nur ganz, ganz schwer oder gar nicht zu vermitteln sind.

Wir wollten 2004 möglichst viele aus der Sackgasse Sozialhilfe holen. Die Leute sollten da rauskommen.

Das haben wir auch geschafft. Hunderttausende sind zum 1. Januar 2005 aus der Sozialhilfe in die Arbeitsvermittlung und das Arbeitslosengeld II gekommen. Wir haben 400.000 Arbeitslose mehr erfasst, als einen Monat zuvor. Das sind teilweise die, über die ich spreche.

2004 und zu Beginn 2005 war die größte Sorge übrigens eine andere: Würde die Auszahlung der Leistungen klappen? Sie hat geklappt. Dafür haben viele in den ARGEn und Optionskommunen mit viel Engagement gesorgt.

Die überlangen Warteschlangen vor den JobCentern und ARGEn gehören schon lange der Vergangenheit an – das sind Bilder aus den ersten Tagen und Wochen gewesen.

Und auch die Software – A2LL – spielt meistens mit.

Erst vor kurzem hat eine Umfrage der BA gezeigt, dass die Kunden überwiegend zufrieden sind mit Service und Beratung.

Das gilt auch für den SGB II-Bereich.

Das ist auch die Voraussetzung für ein intensives Fallmanagement, mit dem Wege zurück in Arbeit geebnet werden.

Durch die gezielte, intensive Hilfe im Einzelfall sollen und werden Sozialhilfekarrieren gebremst, oft verhindert. Wo früher Leistungen bezahlt wurden, ohne Impulse zu Veränderungen zu geben, steht jetzt das Prinzip „Fördern und Fordern“ im Mittelpunkt.

Raus aus der Hilfebedürftigkeit, wieder das eigene Leben selbst gestalten, Selbstbewusstsein entwickeln, Teilhabe erfahren – darum geht's.

Dazu stehen den ALG-II-Empfängerinnen und -Empfängern viele Hilfsangebote zur Verfügung – Weiterbildung und Qualifizierung genauso wie Vermittlungsgutscheine, Lohnkostenzuschüsse und vieles mehr. Es gibt keine Ungleichbehandlung verschiedener Gruppen von Arbeitslosen mehr.

Und die Statistik zeigt, dass das erfolgreich ist. Die Arbeitslosigkeit ist auch im SGB II-Bereich gesunken. Sie lag im September mit 2,45 Millionen um 371.000 bzw. 13,2 % niedriger als ein Jahr davor. Allein die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen im SGB II ist um 91.000 (28,1 %) gegenüber dem Vorjahr auf jetzt 232.000 gesunken.

Ein Grund zum Jubeln ist das nicht, aber ich halte auch nichts davon, Goldkörner achtlos wegzuwerfen, nur weil sie keine Goldklumpen sind.

Goldklumpen sind seit jeher recht selten.

Anrede,

unsere konkreten Hilfen werden zielgerichtet weiterentwickelt. Mit Programmen für Langzeitarbeitslose wie dem Beschäftigungszuschnitt, dem Qualifizierungs-Kombi für Jüngere und dem Kommunal-Kombi für Regionen mit besonders verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit.

Mit solchen Initiativen sind wir gerade dabei, den Schwächeren auf dem Arbeitsmarkt zu neuen Chancen zu verhelfen.

Das gilt auch für die viel geschmähten so genannten „Ein-Euro-Jobs“, für die es ja nicht nur einen Euro pro Stunde gibt, sondern einen Euro pro Stunde zusätzlich zum ALG II.

Quer zum veröffentlichten Unbehagen an solchen Maßnahmen erreichen mich eher Nachrichten, dass die Beteiligten vor allem eines wollen: Länger als ein halbes Jahr in dieser Arbeitsgelegenheit bleiben zu können.

Das zeigt sich ganz oft ganz praktisch: Wenn jemand, der oder die lange aus der Arbeit raus gewesen ist, plötzlich wieder die Gelegenheit hat, sich zu beweisen, abends im Freundeskreis was zu erzählen hat. Das gibt Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein.

Aber das ist kein Ersatz für Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Allenfalls ein Zwischenschritt.

Die Herausforderung bleibt: Die Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen ist konstant, nicht zuletzt aufgrund der vielen „Aufstocker“ und Selbständigen, die ergänzendes ALG II beantragen müssen, weil ihr Lohn oder ihr Einkommen nicht zum Leben reicht. 670.000 davon sind vollzeitbeschäftigt.

Insgesamt bekommt mehr als jeder fünfte erwerbsfähige Hilfebedürftige das ALG II zusätzlich zu einem zu niedrigen Erwerbseinkommen.

Die Kehrseite der gewollten Enttabuisierung ist nämlich, dass viele Arbeitgeber unverhohlen damit kalkulieren, dass der Staat zu niedrige Löhne auf akzeptables Niveau aufstockt.

Um das zu vermeiden, brauchen wir einen Mindestlohn, der sittenwidrige Löhne verhindert. Damit würden wir Milliarden sparen im Bereich SGB II, weil die Löhne endlich wieder von den Arbeitgebern und nicht zum Teil von den Steuerzahlern gezahlt würden.

Ich hoffe, in immer mehr Branchen kommen die Dinge in Bewegung.

Wir wollen außerdem denen im Grenzbereich zum Aufstocken mit einem Erwerbstätigenzuschuss, kombiniert mit dem erweiterten Kinderzuschlag helfen, damit sie unbürokratisch Geld dazu bekommen und so aus dem Regelkreis SGB II rauskommen oder raus bleiben. Bonus für Arbeit nennen wir das auch.

Natürlich relativiert sich dieses Problem sofort, wenn die Löhne hoch genug sind. Also: Auch insofern: Mindestlohn.

Genau darum geht es, wenn wir das Entsendegesetz ausweiten, das Mindestarbeitsbedingungengesetz aktualisieren und weiter für einen Mindestlohn werben.

Die Postdienstleistungen nehmen wir gerade auf ins Entsendegesetz. Damit würde eine Verordnung noch in diesem Jahr möglich, die den Mindestlohn allgemeinverbindlich macht. Auch das Elektrohandwerk hat sich kürzlich auf einen Mindestlohn verständigt, das sind gute Ansätze.

Arbeit darf nicht arm machen. Wer Vollzeit arbeitet, der soll davon seinen Lebensunterhalt bestreiten können. Das ist eine Frage der Würde und das ist auch durch die Grundsicherung nie in Frage gestellt worden.

Dass familiäre Situationen zusätzliche Transfers erfordern oder steuerliche Berücksichtigung – das ist auch klar.

Anrede,

behauptet wird: „Hartz IV“ schaffe Armut. Fakt ist: Die Reform sorgt für Transparenz, macht Armut sichtbar und damit Kampf gegen Armut möglich. Die Regelsätze sind von den Gerichten ausdrücklich bestätigt worden. Sie richten sich nach dem, was Niedrigverdiener tatsächlich ausgeben, die keine Sozialtransfers bekommen. Das müssen sie abbilden, dann sichern sie den Mindeststandard.

Behauptet wird: Die Vermögensanrechnung schaffe Altersarmut. Fakt ist: Wir haben heute höhere Freibeträge als in der Sozialhilfe und auch zuletzt in der Arbeitslosenhilfe.

Nehmen wir als Beispiel ein Ehepaar, beide 60.

Beide dürfen – Vertrauensschutz – pro Lebensjahr 520 Euro behalten. Macht pro Person 31.200 Euro.

Dazu kommt ein Altersvorsorge-Freibetrag von 250 Euro pro Lebensjahr. Macht pro Person noch einmal 15.000 Euro.

Mit den Freibeträgen für notwendige Anschaffungen ist ein Schonvermögen von 93.900 Euro geschützt.

Dazu kommt: Haus oder Wohnung als Eigentum frei. Riesterrente frei. Betriebliche Altersvorsorge frei. Angemessenes Auto frei.

Wenn diese Bedarfsgemeinschaft Arbeitslosengeld II beantragt, bekommt sie etwas.

Das gilt allerdings nur für Personen, die vor dem 1. Januar 1948 geboren sind. Aber selbst wenn die Ehepartner erst im nächsten Jahr 60 würden, blieben noch 48.500 € übrig.

Behauptet wird: „Hartz IV“ sei frauenfeindlich. Fakt ist: Mit den Reformen haben wir gleiche Ansprüche in gleichen Lebenslagen eingeführt – unabhängig vom Geschlecht.

Natürlich ist nicht alles Gold im neuen System, aber es ist allemal besser, gerechter und leistungsfähiger als die alten Verschiebebahnhöfe zwischen Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe.

Anrede,

ein zentraler Kritikpunkt am SGB II ist die komplizierte Organisationsstruktur. Und Sie alle wissen: Da war was dran. Und da ist teilweise noch was dran.

Die Anlaufschwierigkeiten waren erheblich. Die neuen Einrichtungen brauchten eine Zeit, um ans Laufen zu kommen.

Sicher ist: Die Struktur der Verwaltung im SGB II hat alle Beteiligten – egal ob aus Bund oder Kommune, aus BA oder ehemaligem Sozialamt – dazu gezwungen, zusammenzuarbeiten, Informationen zusammenzuführen, Beratung zu verbessern und ihre Kompetenzen zu bündeln.

Hier sind viel Wissen und Können zusammengekommen und schaffen gemeinsam Gutes.

Hier ist in hohem Tempo eine neue Verwaltungsstruktur entstanden, die längst Solidität gewonnen und Kreativität zum Nutzen der betroffenen Menschen bewiesen hat.

Auch dass es verschiedene Systeme in der Anfangsphase gibt, ist kein Beinbruch. Im Gegenteil. Konkurrenz belebt auch hier das Geschäft und kann gegenseitig zum Anspornen führen, damit noch bessere Leistungen gebracht werden. Das kann allemal im Interesse der Betroffenen sein.

Wenn man vor Ort ist – und ich habe erst in den letzten Wochen mehrere ARGEs und zKT's erlebt, dann spürt man die Entschlossenheit der Beteiligten. Es bewegt sich was. Die eigene Arbeit hat Erfolg. Das macht Mut und das darf auch ein klein wenig Stolz machen. Viele Vermittler, Fallmanager, leisten Außergewöhnliches, gehen auf in ihrem Job und kümmern sich, wo es nur geht.

Wir alle miteinander können gespannt sein, wie das Experiment der Dezentralität am Ende ausgehen wird: Ob es tatsächlich gelingt, mehr Bürgernähe zu erreichen, weil die Kommunen mit an Bord sind.

Dafür müssen alle Beteiligten am selben Strang in dieselbe Richtung ziehen. Auch deswegen finde ich es schade, dass so viele Bürgermeister und Landräte nicht zu diesem Kongress gekommen sind. Ihre Perspektive wäre wichtig für das Gesamtbild und den Erfolg der Bemühungen.

Denn es passiert viel Gutes vor Ort. Im Konkreten. Bei den Umsetzern. Bei Ihnen.

Was macht eine erfolgreiche ARGE aus? Was einen erfolgreichen zugelassenen kommunalen Träger?

Die Frage ist nicht leicht zu beantworten, aber sie gibt Hinweise darauf, wie wir das SGB II besser organisieren können. Wir haben auch zu diesen zwei Tagen in Berlin eingeladen, um

das Voneinander Lernen zu stärken. Und die besten Wege gemeinsam zu suchen und zu finden.

Also: Wie ist Erfolg möglich?

Die Statistik führt zunächst ein wenig in die Irre: Kleinere ARGEn sind erfolgreicher als größere.

Das ist wahrscheinlich eine Verzerrung: Denn große ARGEn liegen meist auch in großen Städten. Dort ist die Arbeitsmarktsituation oft angespannter. Soziale Probleme kommen dazu.

Entscheidender als die Größe sind andere Faktoren. Das Bild, das sich ergibt, wenn man genauer auf die Situation schaut – übrigens von ARGEn und zkt gleichermaßen –, ist da wenig überraschend:

Erfolgreich sind Einrichtungen,

- die eng mit lokalen Akteuren im arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Umfeld kooperieren und deshalb funktionierende Netzwerke aufgebaut haben,
- deren Träger gut und zielorientiert in der Trägerversammlung zusammenarbeiten,
- in denen stabile Personalstrukturen aufgebaut wurden,
- die auf qualifizierte Mitarbeiter setzen,
- die eine hohe Qualität ihrer Dienstleistungen anstreben,
- die ihre Prozesse intern effizient steuern
- und die sich konsequent am ersten Arbeitsmarkt orientieren.

Also: Kooperationswille, Qualitätsbewusstsein und Einsatzwille – das entscheidet über den Erfolg vor Ort.

Dass das prinzipiell überall organisierbar ist, davon bin ich fest überzeugt. Wie das geht, darüber zu reden sind wir auch hier.

Und dazu wird in den Foren noch Gelegenheit bestehen.

Anrede,

klar ist: Die Politik darf nicht alle Verantwortung für den Erfolg der Reformen auf vor Ort abschieben. Das tun wir auch nicht. Klar ist aber gleichermaßen: Es gibt erhebliche Mitverantwortung vor Ort für das Gelingen. Und auch Sie stellen sich dieser Aufgabe. Die Wahrheit ist: Es geht nur gemeinsam wirklich gut.

Wenn ich ein paar Wünsche äußere, tue ich das aus diesem Bewusstsein gemeinsamer Verantwortung!

Erstens: Wir haben weiterhin Defizite in der Umsetzung der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Das Fallmanagement könnte intensiver sein. Fort- und Weiterbildung werden nicht ausreichend eingesetzt – und das trotz des drohenden Fachkräftemangels. Reha findet kaum statt.

Manche Zielgruppen mit besonderen Herausforderungen – z.B. Personen mit Migrationshintergrund – müssten besser gefördert werden, wenn der Erfolg wirklich gesucht wird. Routine reicht da nicht.

Zweitens: Gerade in Personalangelegenheiten ist noch vieles im Unklaren. Wenn wir wollen, dass die Arbeitsvermittler gute Arbeit leisten, dann müssen ihre Arbeitsbedingungen entsprechend sein. Dazu gehören Fragen von Qualifizierung, Personalvertretungen oder – vor Ort ein heißes Thema – Befristungen.

Während wir aus bisherigen Befristungen Schritt für Schritt feste Stellen machen, entstehen vielerorts oder mancherorts zahlreiche neue Befristungen. Mit welcher Perspektive?

Und drittens: Wir haben immer noch zu viele Unklarheiten bei der Steuerung. Wer hat die Aufsicht? Wie sorgen wir dafür, dass nicht zu viele Köche den Brei verderben? Wir haben dazu in diesem Jahr ein Rollenpapier erstellt und allen zugänglich gemacht, das die wesentlichen Antworten noch einmal auf der Grundlage der geltenden Gesetze fixiert. Ich empfehle unaufgeregten Umgang damit. Das hilft uns allen.

Außerdem sind wir alle miteinander in Gottes Hand und warten auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum organisatorischen Aufbau des SGB II.

Diese Aspekte des effektiven Miteinanders, die ich nicht überbewerte – es menscht eben überall im Leben –, die ich aber auch nicht verschweigen will, dürfen uns jedenfalls nicht davon abhalten, unsere Aufgabe zu erfüllen: Langzeitarbeitslosen Menschen zu helfen. Sie in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Diese Aufgabe ist eine der großen gesamtgesellschaftlichen, die wir haben. Vor ihr stehen wir gemeinsam.

Wichtig ist: Wir haben hier im Saal genug Menschen, die bewiesen haben, dass man mit den bestehenden Regeln erfolgreich arbeiten kann. Und zwar immer mehr und immer besser.
Hören wir uns zu. Kopieren wir die guten Ideen. Ein Urheberrecht auf erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik gibt es nicht.

Die Erfolgsmöglichkeit des Systems weiter stärken – das ist die Aufgabe! Das gelingt, wenn alle von den Besten und Erfolgreichsten lernen und lernen wollen.

Wer von den Menschen Veränderungsbereitschaft verlangt, der muss auch selbst den Willen zur Veränderung haben.

Der muss die nötige Leidenschaft in der Sache und für die Menschen haben,
der muss Verantwortung übernehmen, da wo man seine Verantwortung hat,
der muss Augenmaß beweisen in der Unterscheidung zwischen dem Wünschbaren und dem Möglichen.

Mehr Chancen auf gute Arbeit. Auch für die, die lange draußen sind. Auch für die Schwächeren.
Das wollen wir;
daran arbeiten wir.

Also:

Gute Beratungen heute und morgen.

Viele Ideen und Anregungen.

In den Foren und auf dem Infomarkt.

Neuen Mut für die Umsetzung.

Und uns allen viel Erfolg bei der Arbeit.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.